

Stand: 05.05.2026 18:43:02

Vorgangsmappe für die Drucksache 19/7509

"Badespaß statt Gesundheitsgefahr - Blaualgenmassenvorkommen in Altmühlsee und weiteren betroffenen bayerischen Gewässern wirksam verhindern"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 19/7509 vom 10.07.2025
2. Plenarprotokoll Nr. 55 vom 10.07.2025
3. Beschlussempfehlung mit Bericht 19/8280 des LA vom 07.10.2025
4. Plenarprotokoll Nr. 60 vom 16.10.2025
5. Beschluss des Plenums 19/9947 vom 10.02.2026
6. Plenarprotokoll Nr. 70 vom 10.02.2026



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Holger Griebhammer, Harry Scheuenstuhl, Volkmar Halbleib, Anna Rasehorn, Doris Rauscher, Arif Taşdelen, Ruth Müller, Markus Rinderspacher, Christiane Feichtmeier, Dr. Simone Strohmayer, Horst Arnold, Nicole Bäuml, Florian von Brunn, Martina Fehlner, Sabine Gross, Ruth Waldmann, Katja Weitzel** und Fraktion (SPD)

Badespaß statt Gesundheitsgefahr – Blaualgenmassenvorkommen in Altmühlsee und weiteren betroffenen bayerischen Gewässern wirksam verhindern

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, umgehend umfassende Schritte einzuleiten, um der Blaualgenproblematik im mittelfränkischen Altmühlsee und weiteren betroffenen Gewässern im Freistaat nachhaltig und wirksam entgegenzutreten.

Dies soll insbesondere die Entwicklung eines integrierten Sanierungs- und Präventionskonzepts beinhalten, das unter anderem auf die Verminderung des Nährstoffeintrags aus Landwirtschaft und anderen Quellen abzielt, alle beteiligten Akteure einbindet und die Ziele und Vorgaben der Bayerischen Badegewässerverordnung (BayBadeGewV) sowie der Europäischen Wasserrahmenrichtlinie (WRRL) berücksichtigt und einhält.

Der Landtag stellt weiter fest: Eine intelligente Steuerung von landwirtschaftlich genutzten Drainagen auf geeigneten Flächen kann einen wichtigen Beitrag zum Hochwasserschutz und der Steuerung des Wasserrückhaltes bei Trockenheit leisten sowie die Austragung von Phosphor und anderer Stoffe mindern.

Daher wird die Staatsregierung außerdem aufgefordert, eine entsprechende wissenschaftliche Projektförderung in Bayern, wie es sie bereits seit 2024 in Baden-Württemberg gibt, aufzulegen und entsprechend finanziell auszustatten.

Begründung:

Der Speichersee im Landkreis Weißenburg-Gunzenhausen ist in den vergangenen Jahren seit 2010 durch eine wiederkehrende Blaualgenproblematik in den Fokus von Politik und Öffentlichkeit gerückt. Die sogenannten Cyanobakterien (ugs. „Blaualgen“), die häufig als blau-grüner Schimmer im Wasser wahrgenommen werden, können unter Umständen Toxine in unterschiedlichen Stärken bilden und sind deshalb als potenziell gefährlich für Mensch und Tier einzustufen. Daher wurden vor allem im Jahr 2024 vermehrt Badeverbote durch das für die Überwachung zuständige Gesundheitsamt ausgesprochen. Im letzten Jahr waren die drei Seezentren Muhr, Wald und Schlungenhof an insgesamt 50 von 139 Badetagen (vom 15.05.2024 bis 30.09.2024) aufgrund Blaualgen komplett geschlossen, wobei Muhr und Schlungenhof mit jeweils 64 Sperrtagen deutlich stärker betroffen waren als die Seestelle in Wald mit 20 Sperrtagen. Während der restlichen Zeit wurde von den Gesundheitsämtern meist vom Baden abgeraten. Aufgrund immer größerer Trockenperioden muss mit einer weiteren Verschärfung solcher Badeverbote gerechnet werden.

Durch Hochwasser gelangt Phosphor aus der Landwirtschaft in den See, der wiederum das Wachstum der Blaualgen stark begünstigt. Während die Staatsregierung immer wieder auf vergangene Investitionen verweist, ist es nach wie vor Realität, dass die Badestrände vor Ort während der Hauptsaison in den Sommermonaten Juli und August überwiegend geschlossen bleiben, mit weitreichenden Folgen für Tourismus und Fischerei. Nach all der Zeit sind endlich nachhaltige Ansätze notwendig, die über künstliche Barrieren, Filtrierung und Fangnetze hinausgehen. Diese Maßnahmen bekämpfen die Symptome, entbinden aber keineswegs davon, dass insgesamt weniger Nährstoffe in belastete Gewässer eingetragen werden müssen. Das Problem muss weiterhin an der Wurzel angepackt werden, daher bedarf es einer stärkeren, langfristigen Zusammenarbeit aller beteiligten Akteure: der Landwirtschaft, dem Tourismusverband, den Gemeinden, dem Landtag sowie den Behörden. Nur so kann garantiert werden, dass der zweitgrößte See Mittelfrankens über Landkreisgrenzen hinaus weiterhin eine Attraktion bleibt und die negativen ökologischen und wirtschaftlichen Auswirkungen auf die Region überwunden werden.

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Hierzu werden die Anträge wieder getrennt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag von CSU und FREIEN WÄHLERN auf Drucksache 19/7449 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU, der FREIEN WÄHLER und der AfD. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Keine Enthaltungen! – Bei Enthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag angenommen.

Wer dem nachgezogenen Dringlichkeitsantrag der AfD-Fraktion auf Drucksache 19/7508 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die AfD-Fraktion. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Das sind die übrigen Fraktionen. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Die Dringlichkeitsanträge auf den Drucksachen 19/7450 mit 19/7452, 19/7509 und 19/7510 werden im Anschluss an die heutige Sitzung in den jeweils zuständigen federführenden Ausschuss verwiesen.



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Holger Grießhammer,
Harry Scheuenstuhl, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)**
Drs. 19/7509

Badespaß statt Gesundheitsgefahr - Blaualgenmassenvorkommen in Altmühlsee und weiteren betroffenen bayerischen Gewässern wirksam verhindern

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatter: **Harry Scheuenstuhl**
Mitberichterstatter: **Kristan Freiherr von Waldenfels**

II. Bericht:

1. Der Dringlichkeitsantrag wurde dem Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen hat den Dringlichkeitsantrag mitberaten.
2. Der federführende Ausschuss hat den Dringlichkeitsantrag in seiner 28. Sitzung am 16. Juli 2025 beraten und mit folgendem Stimmresultat:
CSU: Ablehnung
FREIE WÄHLER: Ablehnung
AfD: Ablehnung
B90/GRÜ: Zustimmung
SPD: Zustimmung
Ablehnung empfohlen.
3. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen hat den Dringlichkeitsantrag in seiner 75. Sitzung am 7. Oktober 2025 mitberaten und mit folgendem Stimmresultat:
CSU: Ablehnung
FREIE WÄHLER: Ablehnung
AfD: Enthaltung
B90/GRÜ: Zustimmung
SPD: Zustimmung
Ablehnung empfohlen.

Petra Högl
Stellvertretende Vorsitzende

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Tobias Reiß

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 2** auf:

Abstimmung

über Verfassungsstreitigkeiten, Europaangelegenheiten und Anträge, die gem. § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage)

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die endgültige Abstimmliste.

(Siehe Anlage)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der endgültigen Abstimmliste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind alle Fraktionen. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Verfassungsstreitigkeiten, Europaangelegenheiten und Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 2)

Es bedeuten:

- (E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
 (G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
 (ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
 (A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
 (Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

Verfassungsstreitigkeiten

1. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 17. Juli 2025 (Vf. 10-VII-25) betreffend Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit
1. der Verordnung über das Verbot der Prostitution in der in der Bayerischen Rechtssammlung (BayRS 2011-2-6-I) veröffentlichten bereinigten Fassung, die zuletzt durch § 1 Nr. 2 der Verordnung vom 28. November 2012 (GVBl. S.656) geändert worden ist,
 2. der Rechtsverordnung der Regierung von Oberbayern über das Verbot der Prostitution zum Schutze des öffentlichen Anstandes und der Jugend in München vom 4. Dezember 2003 (RABI OB S. 198), die zuletzt durch Verordnung vom 27. September 2017 (RABI OB S. 137) geändert worden ist
- PII-3001-2-32
 Drs. 19/8397 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
 Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

- I. Der Landtag beteiligt sich an dem Verfahren
- II. Die Klage ist unzulässig und unbegründet.
- III. Zum Vertreter des Landtags wird der Abgeordnete Dr. Alexander Dietrich bestimmt.

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

2. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 18. August 2025 (Vf. 11-VII-25) betreffend Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit des Art. 2 Abs. 3 der Satzung über die Benützung der öffentlichen Grünanlagen in Kempten (Allgäu) (Grünanlagensatzung) vom 11. Juli 2024 (StABI KE XX/24)
PII-3001-2-35
Drs. 19/8394 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

Der Landtag beteiligt sich nicht am Verfahren.

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

3. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 26. August 2025 (Vf. 12-VII-25) betreffend Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit der Nr. 6.2.2 – Windenergie – (Z) Satz 2 der Anlage (zu § 1) der Verordnung über das Landesentwicklungsprogramm Bayern (LEP) vom 22. August 2013 (GVBl. S. 550, BayRS 230-1-5-W), die zuletzt durch Verordnung vom 16. Mai 2023 (GVBl. S. 213) geändert worden ist
PII-3001-2-36
Drs. 19/8393 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

- I. Der Landtag beteiligt sich an dem Verfahren.
II. Die Klage ist zulässig, aber unbegründet.
III. Zum Vertreter des Landtags wird der Abgeordnete
Dr. Alexander Dietrich bestimmt.

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

4. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 1. September 2025 (Vf. 13-VIII-25) betreffend Meinungsverschiedenheit zwischen der Antragstellerin
Fraktion Alternative für Deutschland im Bayerischen Landtag
und den Antragsgegnern
1. CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag
 2. Fraktion FREIE WÄHLER im Bayerischen Landtag
 3. Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Bayerischen Landtag
 4. BayernSPD-Landtagsfraktion
- vom 26. August 2025 über die Frage, ob Art. 4 a Abs. 1 Sätze 1 bis 3, 5 und 7 sowie Abs. 3 des Bayerischen Abgeordnetengesetzes (BayAbgG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 6. März 1996 (GVBl. S. 82, BayRS 1100-1-1), das zuletzt durch die §§ 1 und 2 des Gesetzes vom 14. Mai 2024 (GVBl. S. 78) geändert worden ist, die Bayerische Verfassung verletzen
PII-3001-4-3
Drs. 19/8392 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

- I. Der Landtag beteiligt sich an dem Verfahren.
- II. Die Klage ist zulässig, aber unbegründet.
- III. Zum Vertreter des Landtags wird der Abgeordnete
Dr. Alexander Dietrich bestimmt.

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

Europaangelegenheiten

5. Nichtlegislatives Vorhaben der Europäischen Union

Mitteilung der Europäischen Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen:
ProtectEU – eine Europäische Strategie für die Innere Sicherheit
COM(3035) 148 final
BR-Drs. 188/25
Drs. 19/6922, 19/8287 (G)

Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Das Vorhaben wird zur Kenntnis genommen mit der auf Drs. 19/8287 veröffentlichten Maßgabe.

Der Beschluss des Bayerischen Landtags wird unmittelbar an die Europäische Kommission, das Europäische Parlament, den Ausschuss der Regionen und den Deutschen Bundestag sowie an die Abgeordneten des Europäischen Parlaments für Bayern übermittelt.

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

6. Nichtlegislatives Vorhaben der Europäischen Union

Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen: Aktionsplan für die europäische Automobilindustrie
COM(2025) 95 final
BR-Drs. 129/25
Drs. 19/7600, 19/8452

Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Das Vorhaben wird zur Kenntnis genommen.

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

Die AfD-Fraktion hat beantragt, das Votum „**Ablehnung**“ zugrunde zu legen.

7. Nichtlegislatives Vorhaben der Europäischen Union

Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen: Europäische Wasserresilienzstrategie
(COM)2025 280 final
BR-Drs. 261/25
Drs. 19/7601, 19/8437

Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Der Bayerische Landtag gibt die auf Drs. 19/8437 veröffentlichten Stellungnahme ab.

Der Beschluss des Bayerischen Landtags wird unmittelbar an die Europäische Kommission, das Europäische Parlament, den Ausschuss der Regionen und den Deutschen Bundestag sowie an die Abgeordneten des Europäischen Parlaments für Bayern übermittelt.

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ohne	<input type="checkbox"/> A	<input checked="" type="checkbox"/>

Die AfD-Fraktion hat beantragt, das Votum „**Enthaltung**“ zugrunde zu legen.

8. Nichtlegislatives Vorhaben der Europäischen Union

Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Europäischen Rat, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen:
Ein dynamischer EU-Haushalt für die Prioritäten der Zukunft –
der Mehrjährige Finanzrahmen 2028 - 2034
COM(2025) 570 final
BR-Drs. 333/25
Drs. 19/8281, 19/8456

Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Der Bayerische Landtag gibt im nichtlegislativen Verfahren die auf Drs. 19/8456 veröffentlichte Stellungnahme ab.

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ohne	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

Die AfD-Fraktion hat beantragt, das Votum „**Enthaltung**“ zugrunde zu legen.

9. Konsultationsverfahren der Europäischen Union

Justiz und Grundrechte
 EU Civil Society Strategy
 13.06.2025 - 05.09.2025
 Drs. 19/7602, 19/8454

Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und
 Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Der Bayerische Landtag gibt im Konsultationsverfahren die auf
 Drs. 19/8454 veröffentlichte Stellungnahme ab.

Der Beschluss des Bayerischen Landtags wird unmittelbar an die
 Europäische Kommission, das Europäische Parlament, den Ausschuss
 der Regionen und den Deutschen Bundestag übermittelt.

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ohne	<input type="checkbox"/> A	<input type="checkbox"/> A

Die AfD-Fraktion hat beantragt, das Votum „**Ablehnung**“ zugrunde zu
 legen.

10. Konsultationsverfahren der Europäischen Union

Klimaschutz, Verkehr
 Konsultation zur Überarbeitung der EU-Regeln für die PKW-
 Kennzeichnung und zur Überarbeitung der CO₂-Standards für PKW und
 leichte Nutzfahrzeuge
 07.07.2025 - 29.09.2025
 Drs. 19/7603, 19/8453

Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und
 Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Der Bayerische Landtag nimmt das Konsultationsverfahren zum Anlass,
 die auf Drs. 19/8453 veröffentlichte Stellungnahme abzugeben.

Der Beschluss des Bayerischen Landtags wird unmittelbar an die
 Europäische Kommission, das Europäische Parlament, den Ausschuss
 der Regionen und den Deutschen Bundestag übermittelt.

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ohne	<input type="checkbox"/> ENTH	<input type="checkbox"/> A

Die AfD-Fraktion hat beantragt, das Votum „**Ablehnung**“ zugrunde zu
 legen.

Anträge

11. Antrag der Abgeordneten Petra Högl, Tanja Schorer-Dremel, Leo Dietz u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Ulrike Müller u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Verwendung von Standardeinheitskosten bei Investitionsprogrammen im Geschäftsbereich des Staatsministeriums für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus
Drs. 19/6493, 19/8276 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

12. Antrag der Abgeordneten Ruth Müller, Florian von Brunn, Sabine Gross u.a. SPD
100 Jahre Meisterprüfungsordnung für Hauswirtschaft – Bericht und Informationskampagne zur Stärkung der Wertschätzung des hauswirtschaftlichen Berufsstandes in Bayern
Drs. 19/6692, 19/8277 (E)

Nach § 126 Abs. 3 BayLTGeschO
Votum des mitberatenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

13. Antrag der Abgeordneten Ruth Müller, Holger Griebhammer, Volkmar Halbleib u.a. SPD
Wasser als kostbares Gut besser schützen – Bericht über die Einrichtung von Gewässerrandstreifen in Bayern
Drs. 19/6814, 19/8278 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

14. Antrag der Abgeordneten Ralf Stadler, Gerd Mannes, Harald Meußgeier und Fraktion (AfD)
GAP-Zahlungen ausschließlich für aktive Landwirte –
nicht für öffentliche Einrichtungen oder Gewerbebetriebe
Drs. 19/7185, 19/8279 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

15. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke, Benno Zierer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Alexander Flierl, Kerstin Schreyer, Tanja Schorer-Dremel u.a. CSU
Länder an Einnahmen aus CO₂-Emissionszertifikaten beteiligen
Drs. 19/7278, 19/8256 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

16. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Benjamin Adjei u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Sachverständigenanhörung über IT-Sicherheit
in bayerischen Unternehmen
Drs. 19/7357, 19/8259 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft,
Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

17. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Sanne Kurz u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Kulturelle Teilhabe stärken –
KulturPass für Jugendliche verlängern und ausbauen
Drs. 19/7361, 19/8283 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

18. Antrag der Abgeordneten Markus Striedl, Benjamin Nolte, Katrin Ebner-Steiner u.a. und Fraktion (AfD)
Ablehnung und Neubewertung der Projekte SuedLink und SuedOstLink – Für eine bürger- und landschaftsverträgliche Energieversorgung in Bayern
Drs. 19/7379, 19/8260 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft,
Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

19. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Heinisch u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER),
Holger Dremel, Dr. Gerhard Hopp, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. CSU
Sicherheit durch Information: Für eine Informationsbroschüre als ersten Schritt zur gesamtgesellschaftlichen Resilienz
Drs. 19/7426, 19/8255 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

20. Antrag der Abgeordneten Ulrich Singer, Ferdinand Mang, Benjamin Nolte und Fraktion (AfD)
Konzertsaal München: Stand der Dinge
Drs. 19/7439, 19/8261 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

21. Antrag der Abgeordneten Bernhard Seidenath, Tanja Schorer-Dremel, Dr. Andrea Behr u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Susann Enders u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Medizinernachwuchs sichern, Medizinstipendien auch für Medizinstudierende im EU-Ausland
Drs. 19/7440, 19/8257 (ENTH)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

22. Antrag der Abgeordneten Jürgen Baumgärtner, Alexander Flierl, Martin Wagle u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Markus Saller u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Energieeffizienzgesetz grundlegend reformieren
Drs. 19/7460, 19/8262 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft,
Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH

23. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Andreas Hanna-Krahl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Umfassende Pflegereform durch starke Beteiligung entscheidender Akteurinnen und Akteure sicherstellen!
Drs. 19/7464, 19/8258 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit, Pflege und Prävention

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH

24. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Holger Grießhammer, Harry Scheuenstuhl, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)
Badespaß statt Gesundheitsgefahr – Blaualgenmassenvorkommen in Altmühlsee und weiteren betroffenen bayerischen Gewässern wirksam verhindern
Drs. 19/7509, 19/8280 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Holger Grießhammer, Harry Scheuenstuhl, Volkmar Halbleib, Anna Rasehorn, Doris Rauscher, Arif Taşdelen, Ruth Müller, Markus Rinderspacher, Christiane Feichtmeier, Dr. Simone Strohmayr, Horst Arnold, Nicole Bäuml, Florian von Brunn, Martina Fehlner, Sabine Gross, Ruth Waldmann, Katja Weitzel** und **Fraktion (SPD)**

Drs. 19/7509, 19/8280

Badespaß statt Gesundheitsgefahr – Blaualgenmassenvorkommen in Altmühlsee und weiteren betroffenen bayerischen Gewässern wirksam verhindern

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Tobias Reiß

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold

Abg. Harry Scheuenstuhl

Abg. Kristan Freiherr von Waldenfels

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann

Abg. Ralf Stadler

Abg. Ulrike Müller

Abg. Christian Zwanziger

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Werte Kolleginnen und Kollegen, wir kommen zu einem deutlich analogeren Thema. Ich rufe **Tagesordnungspunkt 13** auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Holger Griebhammer, Harry Scheuenstuhl, Volkmar Halbleib u. a. und Fraktion (SPD)
Badespaß statt Gesundheitsgefahr - Blaualgenmassenvorkommen in Altmühlsee und weiteren betroffenen bayerischen Gewässern wirksam verhindern (Drs. 19/7509)

Ich eröffne die Aussprache. Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt 29 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich dabei an der Redezeit der stärksten Fraktion. Erster Redner ist Herr Kollege Harry Scheuenstuhl für die SPD-Fraktion. Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Harry Scheuenstuhl (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Heute geht es um Blaualgen, nicht um einen braunen Sumpf.

(Beifall bei der SPD – Heiterkeit bei der SPD sowie Abgeordneten der CSU, der FREIEN WÄHLER und der GRÜNEN – Lachen bei der AfD)

Ja, obwohl es Winter ist, ist das ein ganz aktuelles Thema. 2024 waren die – –

(Zuruf von der AfD: Tata, tata! – Heiterkeit bei der AfD)

Herr Vorsitzender!

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Ich bitte um etwas Ruhe im Haus.

Harry Scheuenstuhl (SPD): Wollen Sie da nicht eingreifen?

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: – Also!

Harry Scheuenstuhl (SPD): 2024 waren die Strandabschnitte am Altmühlsee an 50 von 139 Badetagen wegen einer drohenden Gesundheitsgefahr gesperrt, in allen drei Seezentren. Das ist kein Ausreißer mehr, das ist ein strukturelles Problem. Abschließende Zahlen für 2025 liegen noch nicht vor, dürften aber in ähnlicher Größenordnung sein. Es ist ein Problem, das längst nicht mehr nur den Altmühlsee betrifft. Auch andere Seen im Landkreis Ansbach und anderswo in Bayern kippen schon fast regelmäßig um. Mit heißen Sommern wird das Risiko noch größer.

Wertes Haus, niemand behauptet, dass vor Ort nichts unternommen wird. Ich war selbst bei der Fachtagung zur Entwicklung der Altmühlsee-Region im Juli 2025 mit dabei. Dort wurde deutlich: Landwirtschaft, Wasserwirtschaft, Kommunen, Fischerei, Jagd, Wissenschaft und Tourismus – alle sind bereit, Verantwortung zu übernehmen. Landwirte arbeiten an Bodengesundheit und Erosionsschutz. Es gibt Projekte wie "Grüne Gräben", "boden:ständig" oder "FlurNatur". Es wird seit Jahren befischt, mit Hunderten Tonnen entnommenem Weißfisch. Sedimentmanagement wird geplant, Wasserpflanzen werden geschützt, teilweise künstliche Badebuchten entstehen und werden wissenschaftlich begleitet. Selbst ein regionaler Wasserbeirat ist in Vorbereitung. All dies ist wichtig, all dies ist richtig. Aber eines wurde bei der Fachtagung ebenso klar: Es fehlt der verbindende Rahmen. Es fehlt ein integriertes Gesamtkonzept, und es fehlt vor allem eines: Tempo.

Der zentrale Punkt bleibt der Nährstoffeintrag, und hier wissen wir inzwischen sehr genau: Drainagen beschleunigen den Abfluss und damit auch den Eintrag von Phosphor in den See. Deshalb fordern wir in unserem Antrag eine wissenschaftlich begleitete intelligente Steuerung von Drainagen, damit Wasser und somit auch Nährstoffe länger in der Fläche bleiben. In Baden-Württemberg gibt es dafür bereits eine gezielte Projektförderung. Warum nicht auch bei uns in Bayern?

Das ist kein Vorwurf an die Landwirtschaft, sondern die Suche nach Lösungen. Eine Notmaßnahme, bei der aus Folie eine abgetrennte Badewanne im See angelegt wird, mag kurzfristig helfen, aber sie bekämpft nicht die Ursache. Man schwimmt im sau-

beres Wasser, und außen ist die Brühe so stark verschmutzt, dass man da nicht rauslangen kann.

Wir dürfen uns auch nicht hinter den Durchschnittszahlen zur Wasserqualität verstecken. Für eine ausgezeichnete Badewasserqualität genügt laut EU-Badegewässerrichtlinie die Bewertung nach mikrobiologischen Parametern: E. coli, iEnterokokken. Blaualgen sind zwar ausschlaggebend für das Badeverbot, fallen aber bei der Bewertung der Wasserqualität nicht ins Gewicht. Trotz ausgezeichneter Wasserqualität – das können Sie im Internet nachlesen – kann in den Sommermonaten aufgrund von Gesundheitsgefahren nicht gebadet werden.

Die Maßnahmen kosten Geld, aber ein dauerhaft geschädigter Ruf des Altmühlsees kostet mehr – für den Tourismus, für die Region und für die Menschen, die dort leben.

Deshalb bleibt es für uns als SPD nicht bei Appellen. Wir werden unsere Forderungen auch haushaltspolitisch entsprechend hinterlegen. Wir bitten um Unterstützung.

(Beifall bei der SPD)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Herr Kollege. – Nächster Redner ist Herr Kollege Kristan Freiherr von Waldenfels für die CSU-Fraktion.

(Harry Scheuenstuhl (SPD): Herr Vorsitzender, glauben Sie mir, so geht es nicht!)

– Bitte gehen Sie wieder an Ihren Platz, Herr Kollege.

(Harry Scheuenstuhl (SPD): Ja! Ich nehme Platz!)

Herr Kollege von Waldenfels, Sie haben das Wort.

(Lachen bei der AfD – Harry Scheuenstuhl (SPD): So nicht! Das ist das zweite Mal! Ich lasse mir das nicht mehr gefallen!)

Sie haben das Wort, und sonst niemand.

Kristan Freiherr von Waldenfels (CSU): Vielen herzlichen Dank, Herr Vizepräsident. – Herr Kollege Scheuenstuhl, liebe Kolleginnen und Kollegen! Tatsächlich haben der Altmühlsee mit einer Größe von 4,5 Quadratkilometern und der gesamte Naturpark Altmühltal mit 1,4 Millionen Besuchern im Jahr 2024 eine wesentliche, eine große Bedeutung, nicht nur für alle Einwohnerinnen und Einwohner in Nürnberg – und sogar in Stuttgart –, Erlangen und Fürth, in der ganzen Region, sondern sie sind auch ein großer touristischer Magnet im Freistaat.

Deswegen hat bereits im Jahr 2010 der damalige Umweltminister Dr. Markus Söder zu einer Seenlandkonferenz geladen. Es wurden umfangreiche Maßnahmen ergriffen. Unter anderem wurden die Kläranlagen weiter oberhalb der Altmühl saniert und verbessert. Dadurch ist die Sichttiefe im See besser geworden, es konnten mehr Wasserpflanzen gedeihen, und insgesamt sind die Blaualgenbelastung und damit die Cyanobakteriengefahr zurückgegangen. Die Einführung von Phosphor in den See ist um vier Tonnen jährlich reduziert worden.

Aber es ist auch klar, dass sich aufgrund der Wassertemperaturerhöhung im Zusammenhang mit dem Klimawandel um vier Grad Celsius in den letzten Jahren die Gefahr wieder verstärkt hat, weil bei höherer Wassertemperatur mehr Phosphor freigesetzt wird. Deswegen hat nicht zuletzt im vergangenen Jahr das Wasserwirtschaftsamt Ansbach im Januar und Juli zu entsprechenden Fachtagungen eingeladen, an denen über 100 Teilnehmer aus den Ämtern für Landwirtschaft, den Ämtern für Ländliche Entwicklung, von einem halben Dutzend Universitäten, aus den Kommunen und von allen Beteiligten vor Ort teilgenommen haben.

Es wurde ein umfangreiches Maßnahmenpaket erarbeitet, und Maßnahmen wurden bereits im letzten Jahr umgesetzt. An den Wasserpflanzen wurden Schutznetze angebracht. Insgesamt wurden bereits über 750 Kubikmeter phosphorhaltiger Schlamm aus dem See entnommen. Die Maßnahmen laufen in diesem Jahr weiter, wenn der Altmühlsee wieder aufgefroren ist. Im Moment, Herr Scheuenstuhl, geht das leider nicht. Der Badebereich wurde weiterhin abgetrennt, wie das auch vor Ort gewünscht

war. – Sie haben selber angesprochen, dass die Badetage beeinträchtigt waren. – Die baulichen Maßnahmen dafür wurden bereits vergeben – teilweise sind sie ausgeschrieben, und die Vergabe steht unmittelbar bevor –, für den Einbau von Fundamenten und eine Schwimmwand. Gleichzeitig wird eine Wasseraufbereitung im Bereich der Badegäste eingebaut. Diese wird im April, also noch vor der Badesaison, in Betrieb gehen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es ist, denke ich, also deutlich, dass der Freistaat Bayern weder in finanzieller Hinsicht noch in der Frage der Geschwindigkeit seiner Aufgabe zur Sicherung des Altmühlsees und des Altmühltals nicht nachkommen würde.

Man geht auch an die Ursache heran. So hat man im vergangenen Jahr 2025, Herr Kollege Scheuenstuhl, 100.000 Euro allein zur Renaturierung der Altmühl ausgegeben und um dafür zu sorgen, dass Sedimente nicht so häufig eingetragen werden. Ergänzend hat man mit den Universitäten und Hochschulen, die involviert sind, verschiedene Förderprogramme laufen, um Sedimente zu entnehmen und daraus dann Erkenntnisse über den Phosphoreintrag zu gewinnen; insbesondere auch nach der Schneeschmelze wird das von wissenschaftlicher Relevanz sein.

Ein weiterer Punkt, der in Ihrem Antrag aufgeworfen wird, ist die Frage, ob denn dafür weitere Förderprogramme etabliert werden können. Diese bestehen ebenfalls schon. Das zweistufige Förderprogramm zur Gewässeruntersuchung mit einem Forschungsschwerpunkt an der Landesanstalt für Landwirtschaft, der LfL, ist nur ein Beispiel.

Insofern, denke ich, ist doch klar und deutlich, dass der Freistaat Bayern bereits umfangreiche Maßnahmen umgesetzt hat, nämlich alle, die in den entsprechenden Fachtagungen angesprochen wurden, und keine Kosten und Mühen scheut, um die Zukunft des Altmühlsees und damit dessen touristische Qualität auch als Naherholungsgebiet für die Anwohnerinnen und Anwohner zu sichern.

Insofern betrachte ich diesen Antrag als unerheblich und plädiere für Ablehnung.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER – Norbert Dünkel
(CSU): Sehr gut!)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Mir liegt noch eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung des Kollegen Harry Scheuenstuhl von der SPD-Fraktion vor. Bitte schön. – Geht es? –

(Das Mikrofon funktioniert nicht)

Kristan Freiherr von Waldenfels (CSU): Da ist irgendwo der Wurm drin.

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Da ist gerade technisch ein kleines Problem. Die Meldungen kommen hier auch nicht digital an.

Kristan Freiherr von Waldenfels (CSU): Sie sind bislang auch nicht daran gescheitert, Ihre Meinung kund zu tun, selbst wenn das Mikro nicht geht.

(Der Saaldienst behebt das technische Problem)

Harry Scheuenstuhl (SPD): Vielen Dank, dass ich die Ersatzkarte bekommen habe. – Ich wollte natürlich sagen: Ja, Sie haben schon recht. Ich habe es in meiner Rede erwähnt. Wir wollen ja vorankommen.

Ich glaube aber, Sie haben gesagt, 2010 war schon die erste Konferenz.

Kristan Freiherr von Waldenfels (CSU): Richtig.

Harry Scheuenstuhl (SPD): Das eigentliche Problem ist, dass man zwar schon Maßnahmen ergriffen und Geld eingesetzt hat, vielleicht nicht genug Geld, das ist natürlich immer die Frage.

Kristan Freiherr von Waldenfels (CSU): Da reden Sie einmal mit den Kommunen, die da Kläranlagen gebaut und verbessert haben.

Harry Scheuenstuhl (SPD): Ja, ja, das ist wichtig und richtig. Auch andere bauen Kläranlagen, das ist auch richtig.

Kristan Freiherr von Waldenfels (CSU): Ich als Bürgermeister selber auch.

Harry Scheuenstuhl (SPD): Aber es geht hier um die Gesamtsicht und um den Erfolg, den man dann hat. Da sind mit Sicherheit Erfolge eingetreten.

In der Zwischenzeit ist aber eben nach den genannten Zahlen an einem Drittel der Badetage geschlossen. Das ist halt ein Problem. Das wird dann auch noch in der Presse verbreitet. Das muss ja sein, weil sonst die Leute anreisen und nicht baden können.

Diese – so sage ich jetzt einmal – Notbadestelle, die da eingerichtet ist, ist eine schöne Sache, dass es so etwas überhaupt gibt, ansonsten wäre das ganze Badevergnügen am Altmühlsee tot.

Deswegen die Bitte, unserem Antrag zuzustimmen, dass es hier –

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Die Redezeit, Herr Kollege.

Harry Scheuenstuhl (SPD): eben verstärkt weitergeht. – Danke schön.

Kristan Freiherr von Waldenfels (CSU): Ihr Antrag enthält keinen einzigen Punkt, der nicht bereits in Umsetzung wäre oder bereits umgesetzt wurde. Er wirft nur die Problematik auf.

Ich bin sicher: Wenn Sie einen Vorschlag haben, dann können Sie sich auch im Rahmen der Fachkonferenzen einbringen. Dann wird dieser Punkt, wie alle anderen Vorschläge, die bislang eingebracht wurden, auch umgesetzt. – Danke schön.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Nächster Redner ist der Abgeordnete Ralf Stadler für die AfD-Fraktion. Bitte schön.

(Beifall bei der AfD)

Ralf Stadler (AfD): Sehr geschätztes Präsidium! Um auf den vorliegenden Antrag der SPD einzugehen, muss ich ein bisschen ausholen.

Der schleichende Bedeutungsverlust der Bayern-SPD wird ja nicht erst seit heute thematisiert. Die SPD ist mittlerweile die kleinste Fraktion, kurzum: Die SPD passt mittlerweile in einen VW-Bus.

(Heiterkeit bei der AfD)

Mit dem vorliegenden Dringlichkeitsantrag, der Bayerns Gewässer vor Blaualgen schützen soll, versuchen die roten Illusionsspender, denen das Wasser bereits bis zum Hals steht, den Kopf nicht hängen zu lassen,

(Zurufe von der SPD: Oje!)

indem sie die Landwirtschaft und die Kläranlagen für die immer häufiger werdenden Blaualgenaufkommen verantwortlich machen.

Meine Damen und Herren von der SPD, ich kann Sie aber beruhigen: Sie brauchen sich keine Sorgen, um die Blaualgen zu machen,

(Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

denn am 8. März, wenn Sie baden gehen, gibt es noch keine Blaualgen.

Leider haben Sie es bis jetzt nicht realisiert, dass der Nitratedeintrag in Bayerns Gewässer in den letzten Jahren sehr ernst genommen und bereits reduziert wird. In der Landwirtschaft geschieht das durch den technischen Fortschritt bei der Ausbringung sowie durch die strengeren Düngeverordnungen und eine Nährstoffbilanzierung. Auch die Kommunen leisten mit immer moderneren Kläranlagen ihren Beitrag.

Wäre die SPD der immer häufiger werdenden Blaualgenbildung einmal auf den Grund gegangen, dann hätte sie bemerkt, dass das eigentliche Problem Stickstoff, also Ni-

trat, im Sediment ist. Nitrat lagerte sich über Jahrzehnte in den Sedimentschichten der Gewässerböden ab. Alleine im Altmühlsee spricht man von 800.000 Kubikmetern.

Das Ausbaggern bzw. Absaugen von nitrat- und nährstoffbelastetem Sediment, also Entschlammung, ist eine wirksame Methode – die CSU hat das schon angesprochen –, um Eutrophierung und Blaualgenbildung in Gewässern langfristig zu bekämpfen, die Wasserqualität zu verbessern und den Nährstoffkreis zu unterbrechen.

Leider stehen Gelder heutzutage für alles Mögliche zur Verfügung, nur nicht für langfristige Erhaltung unserer Gewässer, sprich Badeseen. Als Beispiel der Dreiburgensee, Landkreis Passau: 1981 erfolgte erstmals eine ausführliche Sanierung zur Bekämpfung von Blaualgen. Nach circa 40 Jahren Nitratablagerungen gab es ab 2021 jährlich Meldungen von Blaualgen. – Nächstes Beispiel, auch im Landkreis Passau, Eginger See, Rohrbachsee: Er wurde im Herbst 2012 einer umfassenden Sanierung unterzogen. Aufgrund starker Algenbildung wurde der See damals abgelassen und entschlammt. Die Fische wurden entnommen, um die Wasserqualität nachhaltig zu verbessern. Ab 2021 gab es wieder die ersten Blaualgenmeldungen.

Hätte die SPD ein bisschen nachgedacht und sich nicht nur auf die Landwirte eingeschossen, wäre dieser Antrag durchaus zustimmungsfähig. So ist er aber eigentlich nur ein Artenschutzprogramm für die letzten Genossen im Freistaat. – Danke.

(Beifall bei der AfD)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Nächste Rednerin ist die Kollegin Ulrike Müller für die Fraktion der FREIEN WÄHLER. Bitte schön.

Ulrike Müller (FREIE WÄHLER): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir beraten heute den Antrag "Badespaß statt Gesundheitsgefahr – Blaualgenmassenvorkommen in Altmühlsee und weiteren betroffenen bayerischen Gewässern wirksam verhindern". Eines möchte ich gleich zu Beginn klarstellen. Die Blaualgenproblematik ist real. Sie belastet die Menschen vor Ort, sie trifft den Tourismus, und sie ist für

viele Kommunen und Ehrenamtliche eine große Herausforderung. Aber ebenso klar sage ich: Die FREIEN WÄHLER lehnen diesen Antrag genauso wie im Ausschuss ab. Wir lehnen nicht ab, weil wir das Thema verharmlosen, sondern weil der Antrag keinen zusätzlichen Erkenntnisgewinn bringt, laufende Maßnahmen ignoriert und den Eindruck erweckt, als wäre bislang nichts geschehen.

Meine Damen und Herren, Blaualgen – genauer gesagt: Cyanobakterien – sind kein neues Phänomen; sie treten weltweit auf, und ihr Auftreten wird durch mehrere Faktoren wie steigende Temperaturen, geringe Wassertiefen, vorhandene Nährstoffdepots und klimatische Veränderungen begünstigt. Wer hier einfach Schuldzuweisungen macht, wird dem Problem nicht gerecht.

Gerade am Altmühlsee wird seit vielen Jahren intensiv gearbeitet. Es wurde eigentlich schon aufgezählt: Kläranlagen wurden nachgerüstet und modernisiert, Phosphoreinträge wurden reduziert, Sedimententnahmen reduzieren interne Nährstoffbelastungen, es wurde eine Sanierungsbefischung durchgeführt, Renaturierungsmaßnahmen und die Förderung von Wasserpflanzen laufen kontinuierlich, landwirtschaftliche Beratung, Gewässerschutzprogramm "boden:ständig", Flurneuordnung und Ländliche Entwicklung greifen in der Fläche. Alle relevanten Akteure – Wasserwirtschaft, Landwirtschaft, Kommunen, Tourismus, Fischerei – sind eingebunden. Das sind konkrete Maßnahmen, keine Ankündigungen – und sie wirken, auch wenn wir ehrlich sagen müssen: nicht von heute auf morgen. Seen haben einen langen Bremsweg.

Kritisch sehen wir FREIE WÄHLER vor allem die einseitige Fokussierung auf die Landwirtschaft. Ja, Nährstoffeinträge spielen eine Rolle, aber unsere Landwirtinnen und Landwirte arbeiten heute unter hohen Umweltstandards – mit Beratung, Förderprogrammen und viel Engagement im Gewässer- und Bodenschutz.

Meine Damen und Herren, wenn wir ehrlich differenzieren, dann gehört zur Wahrheit auch Folgendes: Blaualgen entstehen nicht, weil Menschen baden gehen. Das wäre eine unzulässige Verkürzung.

Gleichzeitig zeigt aber die wissenschaftliche Betrachtung: Eine sehr hohe Nutzungsintensität an flachen, stark frequentierten Badestellen kann lokal als Verstärker wirken. Durch Sedimentaufwirbelungen, zusätzliche Nährstoffeinträge und Belastung der Ufer- und Unterwasservegetation können bestehende Probleme verschärft werden. Das sind keine Hauptursachen, aber Faktoren, die wir in den Blick nehmen müssen.

Deshalb sagen wir FREIE WÄHLER bewusst: Zur Lösung gehört nicht nur der Blick auf die Landwirtschaft, sondern auch auf ein intelligentes Tourismus- und Besuchermanagement. Und ich betone ausdrücklich: Das bedeutet keine Einschränkung, keine Schuldzuweisung und keine Abwertung des Tourismus. Im Gegenteil: Es geht um Qualität, um Lenkung, um Schutz sensibler Bereiche, um gute Infrastruktur und Informationen. Es geht um einen breit aufgestellten ganzjährigen Tourismus, der Nutzungsdruck entzerrt und Regionen gerade vor dem Hintergrund des Klimawandels resilient macht.

Auch die Forderung nach einer neuen gesonderten Forschungsförderung überzeugt uns nicht. In Bayern gibt es bereits transparente und etablierte Forschungsförderverfahren. Gewässerschutz ist klarer Forschungsschwerpunkt, unter anderem an der Landesanstalt für Landwirtschaft. Neue Sonderprogramme schaffen vor allem eines: mehr Bürokratie, aber nicht automatisch bessere Ergebnisse.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, dieser Antrag ist gut gemeint, aber er ist überflüssig. Das Problem ist erkannt; es wird daran gearbeitet. Es braucht keine zusätzlichen Beschlüsse, sondern Durchhaltevermögen, Verlässlichkeit und Weiterentwicklung der begonnenen Maßnahmen.

Die FREIEN WÄHLER stehen für pragmatische Politik, Zusammenarbeit ohne Schuldzuweisungen, Lösungen vor Ort statt Symbolpolitik. Deshalb lehnen wir den Antrag ab.
– Danke schön.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Nächster Redner ist der Kollege Christian Zwanziger für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Bitte schön.

Christian Zwanziger (GRÜNE): Herr Vizepräsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Worum geht es denn eigentlich heute? – Das Fränkische Seenland lebt von attraktiven Seen. Blaualgen sind nicht nur Gift für Menschen und Tiere, sondern sind auch Gift für den Tourismus, für die Attraktivität der Region. Ich glaube, wir sind uns einig: Badeverbotschilder locken keinen Tagesgast, locken keinen Übernachtungsgast in die Region. Kollege Scheuenstuhl, deswegen danke schön, dass wir den Antrag heute noch einmal debattieren. Diese Debatte begleitete uns schon das gesamte letzte Jahr und auch davor.

Kollegin Müller, Kollege Waldenfels, ich habe heute viel Verständnis für komplexe Zusammenhänge, für Sachen gehört, die vor Ort schon gemacht werden. Ich befürchte nur – ich hoffe, ich täusche mich –, dass wir uns bei diesem Thema wiedersehen werden. Ich glaube, deswegen hat Kollege Scheuenstuhl den Antrag heute hochgezogen, auch wenn es noch früh im Jahr ist, auch wenn die Algenblüte noch weit weg ist.

Es muss sich etwas ändern. Kollegin Müller, da geht es nicht um Schuldzuweisungen. Es geht darum, dass der Tourismus in der Region 1,32 Millionen Übernachtungen verzeichnet. Es geht darum, dass von Übernachtungsgästen und auch von Tagesgästen Hunderte Millionen Euro ausgegeben werden. Es geht darum, dass die Lebensqualität der Menschen vor Ort davon abhängt, auch ein attraktives Ausflugsziel zu haben, nebenbei: auch eines, das auch Personen mit kleinerem Geldbeutel offensteht.

Es ist ein Problem, wenn wir es nicht schaffen, für Seen – anders als naturbelassene Seen, weil bei ihnen auch besonders auf Naturschutz geschaut wird usw. usf. –, die explizit als Badeseen in einer Tourismusregion angelegt worden sind und dafür gedacht waren, eine Balance hinzubekommen, damit diese auch als Badeseen und touristisch genutzt werden können.

Kollege Scheuenstuhl hat die Badeverbotstage zitiert. Ich kann auch die dort befindliche Wakeboard-Anlage betrachten. Schulen dürfen ja nicht nur Skilager veranstalten – das ist eine andere Diskussion –, Schulen dürfen auch Sportwochen anbieten. Wenn die Wakeboard-Anlage zu ist, die Schüler sich aber auf eine Wassersportwoche gefreut haben, dann ist eine Wassersportwoche ohne einen See, in dem man baden kann, blöd. Für den Betrieb ist das doppelt blöd; denn er muss dann über die Saison fünfstelligen Beträge zurückzahlen. Das ist existenzgefährdend.

Das heißt, wenn wir darüber reden, dass es eine Balance zwischen Landwirtschaft vor Ort, Tourismus vor Ort und anderen Akteuren braucht – das wurde ja oft genannt –, dann kommt es wirklich auf die Balance an. Die Balance kann nicht bedeuten, dass der Tourismus immer dann hinten herunterfällt, wenn man glaubt, dass andere Sachen unbequem sind.

Ja, der Klimawandel sorgt für eine wärmere Welt. Ja, der Klimawandel sorgt dafür, dass wir mit der Algenblüte mehr Probleme haben werden. Ja, vieles von dem, was wir machen können, geht nicht schnell. Es tut mir aber leid: Künstliche Abtrennungen im See, die das Baden in einem Bereich noch ermöglichen, halte ich für keine dauerhafte Lösung. Immer und immer wieder auszubaggern halte ich auch für keine dauerhafte Lösung. Deswegen diskutieren wir heute darüber.

Ich würde darum bitten, dass wir nicht immer darüber sprechen, dass Bayern Tourismusland Nummer eins ist, sondern dass wir endlich einmal danach handeln und nicht nur so tun – ich sehe schon viele Zwischenbemerkungen –, als ob jetzt ein Antrag gegen die Landwirtschaft gestellt würde. – Das hat die Kollegin Müller gesagt. Aus meiner Sicht ist das ein Antrag für den Tourismus. Wir hatten dazu auch einen GRÜNEN-Antrag.

Jetzt können Sie sagen, dass Sie doch alles schon machen. – Ich kann nur sagen: Ich würde mir wünschen für die Menschen in der Region, die dort baden gehen, ich würde mir wünschen für die Übernachtungsbetriebe, die darauf angewiesen sind, dass

sie auch gerne weiter gebucht werden und nicht im nächsten Sommer aufgrund von Schlagzeilen wie "Fränkisches Seenland, Altmühlsee, Blaualgen" nicht mehr gebucht werden, dass sich endlich etwas ändert.

Es muss sich etwas ändern; denn sonst sehen wir uns dieses Jahr, nächstes Jahr, in zwei Jahren wieder. Herr Kollege Waldenfels, ich glaube, wir beide wollen hier noch öfter diskutieren. Ich hätte aber Lust, dass es mal andere Debatten und nicht immer dieselben sind. – Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Mir liegen zwei Meldungen zu einer Zwischenbemerkung vor; die erste ist vom Kollegen Scheuenstuhl für die SPD-Fraktion. Bitte schön.

Harry Scheuenstuhl (SPD): Liebe Kolleginnen und Kollegen, vorhin ist das Ablassen eines Sees genannt worden. Das funktioniert beim Altmühlsee mit Sicherheit nicht. Daran merkt man schon die Unkenntnis und dass man sich mit dem Thema nicht befasst hat. Der See ist dafür etwas zu groß.

Den Eintrag von Nährstoffen habe ich erwähnt. Hier müssen alle zusammenarbeiten. Ich habe nicht gesagt, dass irgendeine spezielle Gruppe schuld ist.

Festzustellen ist, dass die Maßnahmen nicht in ausreichendem Maße wirken und der Tourismus darunter leidet; deswegen dieser Antrag, das Ganze verstärkt weiterzumachen.

Die Aussage, dass die Nährstoffeinträge ausschlaggebend sind, stammt vom Wasserwirtschaftsamt, nicht von der SPD, nicht von Harry Scheuenstuhl. Man hat zwei Einträge festgestellt: zum einen über die menschlichen Ausscheidungen, über Kläranlagen, zum anderen über die Landwirtschaft. Die Kläranlagenproblematik wurde gelöst; jetzt versuchen wir, das zweite Problem in gemeinsamer Arbeit zu lösen. – Danke schön.

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Bitte schön.

Christian Zwanziger (GRÜNE): Herr Kollege Scheuenstuhl, ich weiß nicht, ob das eine Wortmeldung zu einem Vorredner war.

(Harry Scheuenstuhl (SPD): Das war eine Zwischenbemerkung!)

– Das war eine Zwischenbemerkung; okay. Das kann ich so stehen lassen. Ich habe nichts davon behauptet. Kein Widerspruch.

(Harry Scheuenstuhl (SPD): Nein!)

Von daher: vielen Dank.

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Dann kommen wir gleich zur zweiten Zwischenbemerkung, vom Kollegen Freiherr von Waldenfels für die CSU-Fraktion. Bitte schön.

Kristan Freiherr von Waldenfels (CSU): Bei aller Kollegialität sowohl Herrn Kollegen Scheuenstuhl als auch Herrn Kollegen Zwanziger gegenüber: Ich habe heute keinen einzigen Vorschlag gehört, was am Altmühlsee noch weitergehend unternommen werden sollte. Ob sich die Maßnahmen in der neuen Badesaison auswirken werden, wird man dann sehen.

(Harry Scheuenstuhl (SPD): Dann ist es zu spät!)

Jetzt aber keinen einzigen weiteren Vorschlag zu bringen und nur fundamental zu opponieren, ist unseriös.

(Beifall bei der CSU – Michael Hofmann (CSU): Sehr gut!)

Christian Zwanziger (GRÜNE): Kollege Waldenfels, ich habe darauf hingewiesen, dass wir, ich glaube, im letzten Sommer die Debatten im Ausschuss hatten und dass wir auch einen GRÜNEN-Antrag hatten. Es gab einen Ortstermin und eine Konferenz.

Das ist alles schön und gut. Ich habe das Thema nicht hochgezogen, die Kollegen von der SPD haben es hochgezogen.

(Michael Hofmann (CSU): Aber Sie reden doch dazu!)

Ich bin trotzdem dankbar, dass wir darüber reden, weil ich schwer davon ausgehe, dass die getroffenen Maßnahmen leider noch nicht der große Durchbruch waren. Deswegen finde ich es wichtig, dass wir über das Fränkische Seenland reden.

(Michael Hofmann (CSU): Und Sie stimmen auch noch einem Antrag zu, der nichts bringt!)

– Wir haben dem Antrag schon bisher zugestimmt und haben einen eigenen Antrag gestellt.

Jetzt ist zwar noch nicht die Badesaison, aber der Nährstoffeintrag – das bestätigt auch das Wasserwirtschaftsamt, das wird noch nicht der letzte Schluss gewesen sein – muss sich reduzieren. – Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Danke schön. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Der federführende Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus empfiehlt die Ablehnung des Dringlichkeitsantrages.

Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD. Gegenstimmen bitte anzeigen. – FREIE WÄHLER, CSU. Stimmenthaltungen! – Bei der AfD. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.